Wo bleibt unsere Strategie seit 1959?

Autor(en): **Tschudi, Tony**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 4

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338665

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Tony Tschudi

Wo bleibt unsere Strategie seit 1959?

In der Dezembernummer des «Profils»[1] schreibt Richard Lienhard über die beiden neuen Bücher von Gerhard Szczesny und Ulrich Kägi und wirft dabei eine grundlegende Frage auf. Eine Frage, die für die gesamte SPS von existentieller Bedeutung ist, nämlich nach welchen strategischen Zielvorstellungen sie sich überhaupt orientieren soll.

Um diese entscheidende Frage beantworten zu können, muss sich die SPS vorerst einig werden, ob wir bereits in einer sozialen Demokratie leben, die nur noch ein bisschen ausgebaut werden soll, die einzelne soziale Härtefälle produziert, welche noch zu beseitigen wären; oder ob wir in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung grundlegende Widersprüche sehen, die aufzuheben unsere Aufgabe wäre. Je nachdem wie diese Antwort ausfällt, lohnt es sich für die SPS, strategische Zielvorstellungen zu entwickeln oder nicht[2]. Denn um soziale Härtefälle zu beseitigen, braucht es keine Strategie. Auch bürgerliche Parteien geben sich im Einzelfall sozial.

Früher war der SPS offensichtlich klar, dass sie Politik nicht nur reformerisch, sondern auf lange Sicht systemüberwindend betreiben und die Umgestaltung der alten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung anstreben musste. Die SPS verfolgte früher deshalb auch bewusst eine entsprechende Strategie.

Bis 1918 forderte die SPS Proporzwahlen, um im Parlament ihrem Wähleranteil gemäss vertreten zu sein. Nachdem 1919 das schweizerische Wahlverfahren auf Druck der SPS geändert worden war, zielte die Strategie der SPS darauf hin, sich an der Bundesregierung zu beteiligen. Nachdem Ernst Nobs in den Bundesrat eingezogen war, forderten wir auf Grund unseres Wähleranteils folgerichtig eine Zweiervertretung und erreichten auch dieses strategische Etappenziel mit Willy Spühler und Hans-Peter Tschudi im Jahre 1959.

Seither, seit 1959, besteht unser einziges Bestreben aber nur darin, unsere Position zu halten, wenn möglich noch etwas auszubauen. Das defätistische Gerede kam auf, mehr als 25 Prozent der Wählerstimmen und mehr als zwei Bundesräte lägen für uns einfach nicht drin, mehr zu

[1] Vgl. Abschied von der Linken? Profil 12/1972

[2] Vgl. Ansatz zu einer Strategie der SPS, Profil 12/1971

wollen sei eine Illusion angesichts unserer besonderen Staats- und Parteistrukturen. (Obwohl etwa die Hälfte der Wahlberechtigten nicht wählen geht, weil man ja doch nichts machen kann . . .) Der schweizerische Föderalismus begünstige mittelstarke Parteien und lasse ein Konkurrenzmodell nach ursprünglich britischem Muster, mit Regierung und starker, regierungsfähiger Opposition, einfach nicht zu.

Was die SPS also seit 1959 tut, ist nichts anderes als sich abfinden mit einer Situation, die sie für unveränderlich hält. Die Strategie der SPS besteht offensichtlich im Nichtstun, allenfalls noch im Reagieren auf die strategisch geplanten politischen Aktionen anderer Parteien. Im taktischen Reagieren zum Beispiel auf die Fremdarbeiterinitiative seitens der nationalen und republikanischen Partei zwecks Spaltung und Verunsicherung der Linken oder auf die Hetzkampagne seitens der SVP und der FDP an Hochschulen und Massenmedien.

Vergleichen wir die SPS mit der SPD, so müssen wir feststellen, dass die SPD Erfolge hat, die SPS hingegen stagniert, aber nicht etwa, weil sie zu links liegt[3] – die SPD verfolgt schon seit einiger Zeit eine progressivere Linie als der sogenannte linke Flügel der SPS, hatte in den letzten Jahren trotzdem Erfolg und vermochte in den vergangenen Wahlen gerade deshalb zwei Drittel aller Erstwähler zu gewinnen. Die SPS stagniert darum, weil sie glaubt, ohne Strategie, ohne strategisches Denken auskommen zu können, und weil entscheidende Gremien der Partei offenbar noch der Illusion nachhängen, ohne langfristige politische Strategie könne man Wahlen gewinnen. Die SPD hingegen kann Erfolge aufweisen, weil sie seit Jahren eine realistische Strategie hat.

Zunächst ging es der SPD darum, der deutschen Bevölkerung klarzumachen, dass auch die Sozialdemokratische Partei regierungsfähig sein kann. Den Beweis konnte die SPD 1966 antreten, als die CDU/CSU auf ihre Mithilfe angewiesen war, um aus der von der CDU/CSU-Regierung verschuldeten Misswirtschaft und der ihr folgenden Wirtschaftskrise herauszukommen. Gleichzeitig begann die deutsche FDP, sich aus einer Unternehmerpartei zu einer liberalen Partei mit leicht progressiv/intellektuellem Anflug zu wandeln, und unterstützte Anfang 1969 den SPD-Kandidaten Gustav Heinemann für das Amt des Bundespräsidenten. Für die SPD lag es nahe, nach gutem Abschneiden in den Wahlen vom September 1969 ihre Stellung als Juniorpartner in der Regierung aufzugeben, mit Hilfe der FDP, die dadurch wieder in die Regierung gelangte, Seniorpartner und dominierende Regierungspartei zu werden und die CDU/CSU in die Opposition zu verweisen. Nach ausserordentlichen Leistungen in der Aussen- und Friedenspolitik bei relativ guter wirtschaftlicher Lage gelang es dann der SPD im November 1972, ihren Wähleranteil wiederum zu vergrössern und sich für 1976 eine gute Ausgangsposition zu schaffen. 1972 führten die deutschen Jungsozialisten den Wahlkampf mit dem

[3] Vgl. Warum wir stagnieren, Profil 9/1970

Nebenziel, der Bevölkerung den Begriffsinhalt «demokratischer Sozialismus» sympathisch zu machen. Dasselbe Nebenziel nimmt sich die ganze SPD für 1976 vor. Gleichzeitig ist die Situation in der Bundesrepublik so weit fortgeschritten, dass die CDU/CSU nur eine Chance hat, in absehbarer Zeit wieder die Regierung zu bilden: wenn sie ein besseres Sozialprogramm, eine stärkere Vermögensbildung für die Arbeitnehmer und ein sozialeres Bodenrecht bietet als die SPD. In der Bundesrepublik ist am 19. November 1972 der Zug in Richtung demokratischer Sozialismus abgefahren.

Im Jahre 1949 hatten jedoch nur 29,2 Prozent SPD gewählt, die damals also nicht wesentlich stärker war als die SPS zum selben Zeitpunkt und heute. Während wir uns seit 1959 aber nur knapp halten konnten, sogar an Terrain verloren, schlug die SPD den Weg einer rasanten Entwicklung ein und ist heute dominierende Regierungspartei mit ziemlich guten Zukunftsaussichten. Ein wesentlicher Unterschied liegt darin, dass die SPD im Gegensatz zur SPS seit 1959 eine klare Strategie verfolgte.

Dass eine politische Partei ohne Strategie im politischen Dilettantismus steckenbleibt, hat im Gegensatz zur SPS sogar die CVP schon begriffen und ist daran, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Offensichtlich stellt sich die CVP mit ihrem neuen Kurs «links von der Mitte» schon jetzt auf ein zukünftiges Konkurrenzmodell ein, mit dem strategischen Ziel, mit jeder der beiden anderen grossen Parteien, der FDP oder der SPS, koalitionsfähig zu sein. Mit anderen Worten, die CVP beabsichtigt, selbst auf lange Zeit hinaus immer drei oder vier Bundesräte zu stellen und je nach politischer Lage einmal mit dieser, ein andermal mit jener Partei die Regierungsverantwortung zu übernehmen, das heisst einen potentiellen Machtapparat zu besitzen.

Dass wir im Vergleich mit der SPD an strategischen Überlegungen ziemlich arm dastehen, sollte uns zu denken geben, ganz besonders jedoch allen Parteimitgliedern, die keine hohen Parteiämter bekleiden und von Nationalratsfraktion, Parteivorstand und Geschäftsleitung der SPS eine andere Politik erwarten: eine Politik, die sich nicht nur gerade an tagespolitischen Sachfragen, sondern an langfristigen strategischen Zielvorstellungen orientiert. Eine Politik, die bewusst darauf abzielt, die SPS zur dominierenden Regierungspartei zu machen, um die dringend nötigen Reformen endlich an die Hand zu nehmen und die alte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu überwinden. Wenn sich die SPS wie seit 1959 weiterhin ohne klare Strategie von der Taktik der Alltagspolitik absorbieren lässt, waren die fünfzig Jahre sozialdemokratischer Politik vor 1959 für die SPS umsonst. Frauenstimm- und -wahlrecht, AHV und weitere Sozialleistungen hätte eine bürgerlich-technokratische Regierung auch ohne SP-Regierungsbeteiligung zustande gebracht. Nur wenn sich die Mitglieder der SPS auf die ursprüngliche Strategie besinnen und ihre Zielvorstellungen sinngemäss danach ausrichten, hat die SPS eine Zukunft.